

## Beschluss Mehr Beton, weniger Zukunft - dieser Haushalt schadet Berlin

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 22.11.2025

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedenes

1 Mit der aktuellen Haushaltsaufstellung zementiert die schwarz-rote Koalition ihre  
2 rückwärtsgewandte Politik. Die Verkehrswende wird zurückgedreht, im Sozialen wird gekürzt,  
3 die Bezirke sind grundlegend unterfinanziert und für das Grün in der Stadt gibt es zu wenig  
4 Geld, um es dauerhaft nachhaltig zu pflegen. So wird Berlin dreckiger, gefährlicher und  
5 grauer. Statt die drängenden Probleme Berlins endlich entschieden und mutig anzugehen,  
6 werden beim Klima-, Tier- und Umweltschutz drastische Einschnitte vorgenommen, Mittel bei  
7 sozialen Trägern sowie Beratungseinrichtungen erheblich gekürzt und die Verkehrswende  
8 faktisch gestoppt.

9 Gleichzeitig werden teure Prestigeprojekte finanziert, die weder sozial noch ökologisch  
10 nachhaltig sind. In der Sicherheitspolitik setzt die Koalition auf Repression statt  
11 Prävention und plant 16 Millionen Euro für Videoüberwachung ein, statt grundlegend  
12 notwendige Strukturen zur Strafverfolgung zu sichern, und betreibt so reine Symbolpolitik,  
13 während präventiv wirksame Maßnahmen reihenweise gestrichen werden. Statt in die  
14 Verkehrswende und den Klimaschutz zu investieren, investiert sie in den Neubau der  
15 Tangentialverbindung Ost, die Sanierung des Schlangenbader Tunnels und den autogerechten  
16 Neubau des Tempelhofer Damms. Hinzu kommen Großprojekte wie eine aussichtslose  
17 Olympiabewerbung, die finanziell ein Fass ohne Boden wird - was auch die aktuelle Regierung  
18 weiß, die das Parlament und die Öffentlichkeit über die Gesamtkosten im Dunkeln tappen  
19 lässt.

20 Auch finanzpolitisch fehlt diesem Haushalt jede Zukunftsperspektive. Er hinterlässt der  
21 kommenden Regierung eine schwere Hypothek ohne verbliebene Rücklagen und mit einem  
22 milliardenschweren strukturellen Defizit. Benzin und Beton statt Herz und Verstand ist für  
23 CDU und SPD auch die Devise bei der Verteilung der Berliner Mittel aus dem Sondervermögen  
24 des Bundes: Dieses wird zum Großteil für Straßenbauprojekte verausgabt. Für Klimaschutz und  
25 die soziale Infrastruktur ist hingegen bisher viel zu wenig Geld vorgesehen.

26 Als Sahnehäubchen obendrauf inszeniert sich die Koalition als Retterin von Einzelprojekten,  
27 die erst dem Senatsentwurf oder sogar der parlamentarischen Beratung in den Fachausschüssen  
28 zum Opfer gefallen sind. Diese Finanzpolitik nach Gutsherrenart ist maximal unseriös und  
29 degradiert Menschen, die wichtige Arbeit vor Ort leisten, etwa als Parkläufer\*innen,  
30 Frauenhausmitarbeiterinnen oder an den Schulen oder in den Geburtskliniken, zu Statist\*innen  
31 in einem sehr schlechten Haushalts-Film. Wir Grüne stehen für Stabilität und kritisieren die  
32 Koalition dafür, diesen finanzpolitischen Weg zu gehen.

33 Wir kritisieren insbesondere:

- 34 • dass die gravierenden Kürzungen beim Klima-, Umwelt- und Naturschutz dazu führen, dass  
35 die Berliner Klimaziele für 2030 nicht mehr erreicht werden können! Während den  
36 Berliner\*innen von CDU und SPD zu Beginn der Regierungszeit noch ein Sondervermögen  
37 für Klimaschutz über bis zu zehn Milliarden Euro versprochen worden ist, das bis heute  
38 nicht existiert, werden stattdessen ganz real bis zu 80 % der bisher verfügbaren  
39 Gelder für den Klimaschutz gekürzt. Darüber kann auch der groß angekündigte Klimapakt  
40 nicht hinwegtäuschen. Das für den Klimaschutz zentrale Berliner Programm für  
41 Nachhaltige Entwicklung (BENE) wird mit diesem Haushalt sogar de facto eingestellt.  
42 Bei den Bezirken, die für die Pflege der Grünflächen und des Baumbestandes

verantwortlich sind, wird zudem so massiv gespart, dass sie handlungsunfähig sind und ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen können. Das hat direkte Auswirkungen auf den Alltag der Berliner\*innen in unseren Kiezen. Doch statt in klimaschützende Maßnahmen wie Bäume, Radwege und die Entsiegelung von Flächen investiert die schwarz-rote Regierung lieber in klimaschädliche Holzkraftwerke und neue Schnellstraßen. Um Bäume und Hitzeschutz kümmert sich dieser Senat nicht freiwillig, sondern muss von der Bevölkerung über den BaumEntscheid dazu gezwungen werden. Leidtragende des Doppelhaushalts sind auch die Tiere in unserer Stadt. Die Mittel für den Tierschutz werden für 2026/2027 deutlich gekürzt. Diese Fahrlässigkeit zeigt sich exemplarisch am Umgang mit dem Tierheim Berlin: dieses versorgt im Auftrag des Landes Berlin jedes Jahr über 3.000 Tiere – und geht dennoch fast vollständig leer aus. Ebenso vernachlässigen CDU und SPD ein zentrales Instrument für effizienteren und kostensparenden Tierschutz: das Stadttaubenkonzept. Betreute Taubenschläge nach dem erfolgreichen Augsburger Modell reduzieren dauerhaft Reinigungs-, Sanierungs- und Verwaltungskosten und entlasten Bezirke wie landeseigene Betriebe. Dennoch setzt der Senat das vorliegende Konzept der Landestierschutzbeauftragten nicht um – und stellt dafür noch dazu keine ausreichenden Mittel bereit.

- dass die gravierenden Kürzungen bei der sozialen Infrastruktur unter anderem dazu führen, dass das von der Regierung selbst gesteckte Ziel, in Berlin bis 2030 Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit zu beenden, nicht mehr zu halten ist. Die Zahl der Wohnungslosen steigt in den Prognosen des Senats bis 2029 unaufhaltsam an, bezahlbarer Wohnraum nimmt ab und das Hilfesystem kommt an seine Grenzen. Der schwarz-rote Senat setzt damit seinen Kurs der sozialen Kälte fort. Mit dem Doppelhaushalt 2026/2027 verschärfen CDU und SPD die Armut in Berlin, statt sie zu bekämpfen. Während die Lebenshaltungskosten weiter steigen und viele Berliner\*innen kaum wissen, wie sie über den Monat kommen sollen, kürzt dieser Senat dort, wo Hilfe am dringendsten gebraucht wird: Bei den Ärmsten. So streicht die Koalition unter anderem Präventionsprogramme im Suchtbereich und zur Vorbeugung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Auch bei der Schulsozialarbeit wird massiv gekürzt. Mobilität wird ebenso teurer, insbesondere für alle, die ohnehin jeden Cent umdrehen müssen: Der BVG-Einzelfahrschein kostet künftig über 4 Euro und das Sozialticket verteuert sich um über 40 %. Besonders problematisch ist der Umgang mit dem großen Sicherheitsversprechen von Kai Wegner. Durch den Sicherheitsgipfel wurden in allen 12 Bezirken soziale Maßnahmen neu aufgebaut. Nun sollten diese vor dem Aus stehen. Ganz nach der Devise: Metallische Kälte statt menschliche Politik. Die nun erfolgte Rücknahme der sozialen Kürzungen beim Sicherheitsgipfel ist keinen Applaus wert. Das Geld war Bezirken und sozialen Trägern versprochen worden. Es ist keine Wohltat, ein Versprechen erst zu brechen und dann zähneknirschend doch zu zahlen.
- die Kürzungen im Bereich der politischen Bildung und der Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Besonders betroffen sind digitale und Medienbildung, kulturelle und queere Bildung sowie politische Bildungsarbeit und Projekte im Bereich der Antidiskriminierung und Gleichstellung. Aber auch die Berliner Kultur greift die schwarz-rote Koalition massiv an, in dem sie bewährte Förderstrukturen untergräbt, Beiräte und Jurys entmachtet, Vergabepaxen intransparent ausführt und parteipolitisch instrumentalisiert. Die angekündigten Kürzungen zerstören zivilgesellschaftliche Strukturen und Räume für politische Teilhabe in einer Zeit, in der unsere demokratischen Institutionen von rechts angegriffen werden und Antisemitismus und Rassismus wieder massiv zunehmen. Insbesondere die CDU-geführte Bildungsverwaltung geht bei den Kürzungen gezielt gegen, ihrer Ansicht nach, politisch unerwünschte Träger vor und streicht etablierte und erfolgreiche Projektarbeit unter dem Vorwand

der Haushaltskonsolidierung radikal zusammen. Besonders fatal daran: Was hier einmal gestrichen wurde, lässt sich nicht mehr so schnell wieder ersetzen. Über Jahre gewachsene und erarbeitete Strukturen werden so zum Einsturz gebracht. Es wird viele Jahre und deutlich höhere finanzielle Ressourcen brauchen, um sie wieder aufzubauen.

- dass SPD und CDU das Prinzip „Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag“ aufgegeben haben. Die Menschen, die in sozialen Projekten, Bildungsinitiativen oder in der für Berlin so wichtigen Kultur arbeiten, haben ein Horrorjahr hinter sich: Sie wissen bis heute nicht, wie ihre Finanzierung für 2025, geschweige denn für 2026 und 2027, aussieht. Es ist unklar, ob geplante Tarifsteigerungen oder Mietexplosionen finanziert werden oder zulasten der Angebote gehen. Mindesthonorare werden gestrichen. Dieses soziale Dumping zieht sich durch die Senatspolitik. Wie auch in den letzten Jahren, wissen heute viele Mitarbeiter\*innen in den Beratungsstellen, Familienzentren oder Seniorentreffs nicht, ob sie nächstes Jahr noch eine Arbeit haben. So geht man mit Menschen, die für ein soziales Berlin sorgen, einfach nicht um! Stattdessen braucht es Planungssicherheit für soziale und gesellschaftspolitische Arbeit. Das, was die schwarz-rote Rückschrittskoalition hier treibt, ist Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken derer, die das soziale Berlin am Laufen halten.

Wir fordern:

- Die Einnahmepotenziale des Landes Berlin müssen endlich konsequent genutzt werden. Hierzu gehören eine effizientere Steuererhebung, die Überprüfung von Gebührenordnungen sowie die konsequente Eintreibung ausstehender Forderungen des Landes. Unsere Finanzämter müssen gestärkt werden, um konsequent Steuerrückstände eintreiben und Steuerhinterziehung bekämpfen zu können. Die Grunderwerbssteuer erhöhen wir auf das Niveau von Brandenburg und wollen sie in der nächsten Wahlperiode sozial so staffeln, dass wir Berliner\*innen erleichtern, im eigenen Heim oder der eigenen Wohnung zu leben - und große Unternehmen müssen dafür mehr zahlen. Zusätzliche Einnahmen können durch die Einführung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen und durch eine Stärkung der Verkehrssicherheit und der Bußgeldstelle, bspw. im Rahmen von verstärkten Geschwindigkeitskontrollen oder Überwachung von Rotlichtverstößen, entstehen. Außerdem fordern wir eine deutliche Erhöhung der Anwohner- und Kurzzeitparkgebühren.
- Die vom Bund bereitgestellten Gelder aus dem Sondervermögen müssen gezielt in die Zukunft unserer Stadt investiert werden. Mensch und Klima müssen Priorität haben. Dazu gehört ein Fokus auf Maßnahmen für den Klimaschutz und die Klimaresilienz unserer Stadt, aber auch für die Verkehrswende - um den Ausbau des ÖPNV, des Radwegenetzes und der Fußgängerwege voranzubringen. Auch Investitionen in die soziale Infrastruktur, Kultur, Wissenschaft und in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude sollten aus dem Sondervermögen des Bundes finanziert werden.
- Die Investitionen in den Klima-, Umwelt- und Naturschutz müssen deutlich erhöht werden. Insbesondere sind folgende Bereiche zu stärken: Das BENE-Programm ist mit mindestens dem Finanzvolumen des Vorjahres fortzuführen und es ist sicherzustellen, dass die EU-Fördermittel in dieser Förderperiode vollständig abgerufen werden können. Die Pflege von Grünflächen sowie die Neupflanzung und Pflege von Stadtbäumen sind angesichts der Klimakrise prioritär zu behandeln und dabei vor allem die bezirklichen Grünflächenämter angemessen auszustatten. Wir gratulieren dem BaumEntscheid zu seinem Erfolg und sehen die Koalition in der Pflicht, ihre Zusagen jetzt auch finanziell in den Haushaltsberatungen zu untersetzen und im Jahr 2026 in die Umsetzung zu kommen. Ein Gesetz ohne entsprechende Finanzmittel im Haushalt bleibt eine Mogelpackung.

140 Programme zur energetischen Sanierung und zum Ausbau erneuerbarer Energien müssen  
141 ausgebaut statt gekürzt werden. Der Berliner Senat muss den Tierschutz endlich ernst  
142 nehmen und strukturell stärken.

- 143 • Unser soziales Berlin braucht eine verlässliche Finanzierung. Viele kleine und große  
144 Projekte und Programme setzen sich für unseren sozialen Zusammenhalt ein und  
145 unterstützen diejenigen in unserer Stadt, die auf Solidarität und Hilfe angewiesen  
146 sind. Seien es Integrationsfonds, Stadtteilmütter, Integrationslots\*innen oder  
147 Programme wie Parkläufer\*innen, diese werden dringender denn je benötigt. Das auf dem  
148 Sicherheitsgipfel beschlossene Maßnahmenpaket muss gesichert und fortgeführt werden  
149 und die Wohnungs- und Obdachlosenhilfe ausgebaut statt gekürzt werden, um dem  
150 wachsenden Bedarf gerecht zu werden. Auch die teilweise Rücknahme der Kürzungen nach  
151 großem Protest von sozialen Trägern und Zivilgesellschaft ist keinen Applaus wert,  
152 sondern das Mindeste, was man von einer verantwortungsvollen Regierung erwarten  
153 kann. Projekte zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit wie Housing First, das obdachlosen  
154 Menschen dauerhaftes Wohnen und Stabilität ermöglicht, müssen dringend gestärkt  
155 werden. Denn, wer hier den Rotstift ansetzt, schubst weitere Menschen in die Armut.
- 156 • Keine Kürzungen auf Kosten der Demokratie, bei der politischen Bildung und der Kultur!  
157 Wir fordern die Rücknahme der Kürzungen bei der politischen, kulturellen und queeren  
158 Bildung sowie im Bereich der Antidiskriminierung und Frauenprojekte. Zudem braucht es  
159 eine verlässliche Förderung der Programme gegen Rechtsextremismus - für ein  
160 demokratisches, offenes und vielfältiges Berlin. Die angekündigte und teilweise  
161 erfolgte Reform des Zuwendungsrechts muss jetzt auch umfassend angewendet werden. Dazu  
162 sind im Haushalt auch Voraussetzungen für mehrjährige Zuwendungen zu schaffen. Auch  
163 das Arbeitsraumprogramm und die freie Szene müssen gesichert werden, um Berlins  
164 vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten.
- 165 • Die Bezirke sollen mit immer weniger Mitteln immer mehr absichern: Verkehrssicherheit,  
166 Hitzeschutz durch Stadtgrün, sichere Schulwege, soziale Infrastruktur. Wir fordern,  
167 dass Aufgaben und Finanzierung der Bezirke endlich zusammen gedacht werden. Wenn der  
168 Senat Aufgaben an die Bezirke überträgt, muss er sie vollständig finanzieren -  
169 inklusive notwendiger Personalstellen, Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung.  
170 Statt viel Geld für plakative Kampagnen wie "Sauber geht nur gemeinsam" oder "Werde  
171 kein Verkehrsmonster" auszugeben, brauchen die Bezirke endlich ausreichend Mittel für  
172 saubere Grünflächen, sichere Spielplätze und Schulwege und eine funktionierende  
173 Infrastruktur.

174 Berlin braucht Zusammenhalt, nicht Zynismus - und einen Haushalt, der in die Zukunft  
175 investiert, soziale Gerechtigkeit fördert, unsere lebendige Zivilgesellschaft stärkt und die  
176 klimagerechte, nachhaltige ökologische Transformation vorantreibt. Doch der schwarz-rote  
177 Haushalt 2026/2027 wird diesen Anforderungen nicht im mindesten gerecht: CDU und SPD  
178 regieren mit dem Rotstift - gegen die Schwächsten, gegen die Zukunft, gegen das soziale  
179 Berlin.

180 Wir werden uns im Abgeordnetenhaus für einen zukunftsfähigen, sozial gerechten und  
181 klimafreundlichen Haushalt einsetzen und entsprechende Anträge in die Haushaltsberatungen  
182 einbringen.

183 Denn wir Grüne kämpfen für ein Berlin, das gerecht, solidarisch und menschlich bleibt.